

**NDR Info Das Forum**  
**STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN**  
Joachim Hagen

**06.10.2018 /19.20-19.50 Uhr**  
**07.10.2018 /12.30-13.00 Uhr**  
E-Mail: [streitkraefte@ndr.de](mailto:streitkraefte@ndr.de)  
[www.ndr.de/streitkraefte](http://www.ndr.de/streitkraefte)

**Inhalt:**

- Bluff oder ernsthafte Drohung? Die Vereinigten Staaten drohen mit Einsatz gegen russische Mittelstreckenraketen
- Afghanistan immer gefährlicher – US-Strategie gescheitert?
- Syrien-Vereinbarung – Nur Atempause oder Kriegsende in Sicht?
- Nach Dienstzeit-Ende schlecht abgesichert? Soldaten-Probleme mit der Krankenversicherung

Zur Verfügung gestellt vom NDR  
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu einer neuen Ausgabe unserer Sendereihe, am Mikrofon: Joachim Hagen. Und das sind unsere Themen:

Die Lage in Afghanistan wird immer gefährlicher – Ist die US-Strategie gescheitert?

Pufferzone für das syrische Idlib – Nur eine Atempause oder doch ein Hoffnungsschimmer?

Und

Nach Dienstzeit-Ende schlecht abgesichert - Ehemalige Soldaten haben Probleme mit der Krankenversicherung

Zuerst aber nach Brüssel. Dort trafen sich in dieser Woche die Nato-Verteidigungsminister. Und schon vor den ersten Gesprächen setzte die amerikanische Botschafterin bei der Nato, die ehemalige texanische Senatorin Kay Bailey Hutchison den Ton. Es ging um den Vorwurf, dass Russland neue Mittelstreckenraketen entwickelt habe, die mit Atomsprengköpfen bestückt werden können. Nach amerikanischen Erkenntnissen werden diese Raketen gerade aufgestellt. Damit hätte Russland gegen den INF-Vertrag zum Abbau nuklea-

rer Mittelstreckenraketen aus dem Jahr 1987 verstoßen. Hutchison hatte in ihrer Pressekonferenz zu der Frage Stellung genommen, wie die Gegenmaßnahmen der Vereinigten Staaten aussehen könnten. Und diese Antwort hat dann für viel Aufregung gesorgt.

#### O-Ton Hutchison

“The countermeasures would be to take out the missiles that are in development by Russia in violation of the treaty. So that would be the countermeasure eventually.”

Seither wird darüber spekuliert, was Hutchison mit ihrem „to take out the missiles“ gemeint haben könnte. Wörtlich übersetzt heißt es: „Die Raketen heraus nehmen“. Das könnte darauf hindeuten, dass die Vereinigten Staaten zu einem direkten Angriff auf die Raketenstellungen bereit sind. Russland nahm die Äußerung Hutchisons auch sofort zum Anlass für eine harsche Reaktion: Es scheine, dass sich Leute, die solche Erklärungen abgeben, nicht über die Gefahren aggressiver Rhetorik im Klaren seien, sagte eine Sprecherin des Außenministeriums in Moskau. In Brüssel waren alle Seiten bemüht die Wogen zu glätten. Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg sagte, Hutchison habe klargestellt, dass Russland die Bestimmungen des INF-Vertrages einhalte müsse. Von amerikanischer Seite wurden die Äußerungen der Botschafterin so gedeutet, dass sie sich für den Aufbau eines Raketenabwehrsystems ausgesprochen habe.

Auf jeden Fall hat Hutchison der russischen Regierung mit ihrer unbedachten Äußerung einen Vorwand geliefert, sich im Streit um die Einhaltung des INF-Vertrages als Opfer stilisieren zu können.

Kommen wir zu unserem ersten Thema:

In Afghanistan wird in zwei Wochen ein neues Parlament gewählt. Eigentlich sollte das schon vor drei Jahren geschehen, aber wegen der schlechten Sicherheitslage wurde die Wahl immer wieder verschoben. Doch wirklich verbessert hat sich die Lage für die Menschen in Afghanistan immer noch nicht – im Gegenteil - trotz der Unterstützung durch die Nato. Was läuft falsch in Afghanistan? Hören Sie eine Analyse unseres Korrespondenten Bernd Musch-Borowska.

### Manuskript Bernd Musch-Borowska

Fast täglich gibt es neue Zahlen über Opfer durch Angriffe militanter Islamisten auf afghanische Sicherheitskräfte sowie durch Anschläge auf Regierungseinrichtungen und sogenannte weiche Ziele, d.h. zivile Einrichtungen wie Moscheen, Märkte oder Sportanlagen. Nicht nur in Kabul, sondern auch in anderen Städten im ganzen Land.

Anfang September waren bei zwei aufeinander folgenden Explosionen in einem Sportclub in Kabul über 20 Menschen getötet worden, darunter Sanitäter, Sicherheitskräfte und Journalisten, die nach der ersten Explosion zum Tatort gekommen waren.

Die afghanischen Behörden seien mit der Situation überfordert, meint der Analyst Aziz Rafee:

#### O-Ton Azis Rafee:

„Diese Zerstörungen durch Anschläge in den großen Städten sind ein Zeichen für die Schwäche unserer Behörden und auch des Geheimdienstes. Ich glaube, wir als Nation haben bislang nicht ausreichend auf diese Situation reagiert.“

Nach Einschätzungen der International Crisis Group könnte die Zahl der Toten in Afghanistan 2018 einen neuen Höchststand erreichen. Während im vergangenen Jahr knapp 19.700 Menschen durch Kampfhandlungen und Anschläge ums Leben gekommen waren - auf beiden Seiten, wie das in Schweden ansässige *Uppsala Conflict Data Programm UCDP* feststellte – könnten es in diesem Jahr deutlich über 20.000 werden. Allein in den ersten 6 Monaten seien schon fast 1.700 Zivilisten ums Leben gekommen, heißt es in einem Bericht der *International Crisis Group*.

Daten über getötete Soldaten oder Polizisten werden von der afghanischen Regierung nicht regelmäßig veröffentlicht. Allerdings gibt es fast täglich Gefechte an den zahlreichen Kontrollposten im Land, bei denen oft Sicherheitskräfte ums Leben kommen. In vielen Fällen gehören Polizisten zu den Opfern, denn sie sind für Kampfeinsätze gar nicht ausgebildet und ausgerüstet, werden aber trotzdem an Checkpoints oder zum Schutz von Regierungsgebäuden eingesetzt. Die afghanische Polizeiführung verlangte erst vor Kurzem eine Reform der Sicherheitsstrategie und vor allem eine bessere Ausrüstung für die Polizisten, vor allem neue Waffen und bessere Fahrzeuge. Mehrere zehntausend

Sicherheitskräfte werden zurzeit für den Einsatz während der Parlamentswahlen Ende Oktober geschult. Doch die großen Verluste der vergangenen Monate hätten nicht nur die Zahl der verfügbaren Männer reduziert, hieß es, sondern auch deren Moral und Kampfgeist.

Ohnehin sind die Taliban weiter auf dem Vormarsch und haben in den vergangenen Monaten weitere Regionen und Provinzen unter ihre Kontrolle gebracht. Die von der NATO geführte Ausbildungs- und Unterstützungsmission *Resolute Support* schätzt, dass die Taliban etwa 14 Prozent des afghanischen Staatsgebietes kontrollieren. Anderen Studien zufolge können sich die Islamisten in fast 70 Prozent der Bezirke des Landes mehr oder weniger frei bewegen.

Dabei haben die Taliban, die in Afghanistan von 1996 bis 2001 weite Teile des Landes beherrschten - auch die Hauptstadt Kabul - nicht nur Feinde unter der Bevölkerung.

In vielen Regionen werden sie geschätzt, dafür dass sie Verwaltungsstrukturen aufbauen, eine Gesundheitsversorgung gewährleisten und für Sicherheit gegen Kriminalität sorgen, wozu die afghanische Regierung offenbar nicht in der Lage zu sein scheint. Was dazu führt, dass viele der Bewohner dieser Taliban-Gebiete die Nachteile in Kauf nehmen, die mit der Herrschaft der rückwärtsgegangenen Islamisten einher gehen, wie die Einschränkungen grundlegender Rechte. Davon sind vor allem Frauen und Mädchen betroffen, weil ihnen von den Taliban u.a. der Schulbesuch untersagt wird. Landesweit sind nach Angaben des afghanischen Bildungsministeriums in Kabul mehr als 1.000 Schulen durch die Taliban geschlossen worden.

Die Taliban präsentieren sich selbst als Bollwerk gegen Korruption und Ineffektivität der Regierung und als Beschützer des Volkes gegen arrogante Amerikaner und eine Invasion der Ungläubigen.

Afghanistans Regierungschef Abdullah Abdulla ist trotzdem der Meinung, dass die Taliban mit ihrer Strategie die Herzen der Afghanen nicht erobern werden:

#### O-Ton Abdullah

„Das afghanische Volk unterstützt unsere Sicherheitskräfte und das ist sehr wichtig, das müssen wir weiter stärken. Und die Menschen haben sich sehr über den Waffenstillstand im Juni gefreut. Aber das Volk will keine Talibanisierung des Landes und es versteht auch, dass es im besten Interesse

Afghanistans wäre, wenn die Taliban ihre Verbindungen mit Terrorgruppen aufgeben und in einen politischen Prozess eintreten würden.“

Einen politischen Prozess, zumindest einen politischen Dialog mit den Taliban, unterstützen inzwischen offenbar auch die USA. Ein Treffen zwischen US-Gesandten und der Taliban-Führung in Katar, das im Juli stattgefunden haben soll, wurde zwar von der US-Regierung nicht offiziell bestätigt. Von Seiten der Taliban hieß es aber, es sei bereits ein zweites Treffen vereinbart worden.

Beim Kommandowechsel in der afghanischen NATO-Mission Anfang September, rief der scheidende US-Kommandeur, General John Nicholson, die Taliban erneut zu Gesprächen auf:

O-Ton Nicholson:

„Den Taliban möchte ich sagen, ihr müsst nicht eure afghanischen Brüder und Schwestern töten, ihr müsst nicht eure muslimischen Glaubensbrüder töten. Jetzt ist Zeit für den Frieden. Die ganze Welt ermutigt euch, das Angebot eines Waffenstillstands anzunehmen und an Friedensgesprächen teilzunehmen.“

Die USA unter Präsident Donald Trump als Commander-in Chief, also als oberster Befehlshaber der Streitkräfte, setzen offenbar auf eine doppelte Strategie in Afghanistan. *Fight and Talk* – die Gesprächsangebote an die Taliban werden von verstärkten Kampfeinsätzen begleitet und einer Aufstockung des US-Kontingents in Afghanistan auf rund 14.000 Soldaten. Außerdem gab es in den vergangenen Monaten deutlich mehr Luftangriffe und Kampfeinsätze von Spezialeinheiten.

Doch die neue, aggressivere Afghanistan-Strategie ist offenbar nicht besonders erfolgreich. Nicht zuletzt, weil die Zahl der afghanischen Soldaten und Polizisten immer weiter schrumpft, durch Todesfälle und Deserteure. Die Personalstärke liegt inzwischen offenbar deutlich unter der offiziellen Stärke von 350.000.

Wie das *Afghanistan Analysts Network*, eine unabhängige internationale Recherchegruppe, bereits im vergangenen Jahr festgestellt hat, ist auch die allgegenwärtige Korruption eine der Hauptursachen für die extrem labile Sicherheitslage. So sei die Personalstärke bei der Polizei in Wahrheit deutlich geringer, als auf dem Papier, sagt Thomas Ruttig, einer der Mitbegründer des Recherche-Netzwerkes. Gehälter für gar nicht existierende Polizisten landeten in

vielen Fällen in den Taschen korrupter Vorgesetzter. Dies wirke sich auf die Moral und die Einsatzfähigkeit der Sicherheitskräfte aus.

#### Transkript Ruttig

„Wenn die Soldaten und Polizisten sehen, dass ihre Vorgesetzten sich bereichern dann unterminiert das die Kampfbereitschaft und die Moral der Truppe. Wenn wegen der Geisterpolizisten und Geistersoldaten weniger Leute an der Front sind, dann können sie sich weniger zur Wehr setzen und die Vorgesetzten können nicht nach Verstärkung rufen, weil es dann heißt, aber Du hast doch beispielsweise 200 Leute, obwohl in Wirklichkeit nur 100 da sind.“

Nach einem Bericht des afghanischen Fernsehens wird offenbar auch die Versorgung der afghanischen Sicherheitskräfte durch Korruption untergraben. Auch das entspricht den Recherchen des *Afghanistan Analyst Network*.

#### Transkript Ruttig

„Wir hören immer wieder, dass Treibstoff, zum Teil auch Waffen und Munition verkauft werden. Dass zu viel abgerechnet wird aus Gefechten oder dass manchmal Gefechte zum Schein organisiert werden, um dann neue Munition zu beantragen. Aber das Wichtigste ist, dass die hochrangigen Posten in Polizei und Armee meistbietend versteigert werden. Und dann wollen diese Leute, die den Job bekommen haben, ihre Investition zurückbekommen. Aber meist haben sie von Anfang an vorgehabt, ihren Job zur persönlichen Bereicherung zu benutzen.“

Im Vorfeld der Parlamentswahlen in Afghanistan, die für Ende Oktober geplant sind, sind die Zukunftsprognosen eher düster. Stabilität ist nicht in Sicht. Während die Zahl ziviler Opfer durch Luftangriffe zunimmt, sinkt in der Bevölkerung die Akzeptanz der Präsenz der von den USA geführten NATO-Truppen und ihrer militärischen Strategie. Allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres hat die UN-Mission in Afghanistan mehr als 350 zivile Opfer durch Luftangriffe dokumentiert, darunter fast 150 Tote und mehr als 200 Verletzte. Das sei ein Anstieg von mehr als 50 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Dies spielt vor allem den Taliban in die Hände, die ohnehin an offiziellen Friedensgesprächen erst teilnehmen wollen, wenn alle ausländischen Besatzer, wie sie die NATO-Truppen bezeichnen, Afghanistan verlassen haben.

\* \* \*

## Joachim Hagen

Afghanistan vor den Wahlen – Bernd Musch-Borowska berichtete.

Lange sah es so aus als stünde der Angriff der syrischen Armee auf die Provinz Idlib unmittelbar bevor. Dorthin haben sich die letzten Rebellen gegen den syrischen Machthaber Assad zurückgezogen. Doch dann machten der türkische Präsident Erdogan und sein russischer Kollege Putin einen überraschenden Vorschlag: In der Provinz soll bis Mitte des Monats eine Pufferzone eingerichtet werden – zwischen den Rebellen und der syrischen Armee. Ist das ein erster Schritt in Richtung Frieden oder nur eine Atempause in dem blutigen Konflikt? Jerry Sommer mit einer Analyse.

## Manuskript Jerry Sommer

Idlib ist einer der letzten großen Landstriche Syriens, der nicht von der Zentralregierung kontrolliert wird. Die Machtverhältnisse in der Provinz beschreibt der Konfliktforscher Jochen Hippler vom „Institut für Entwicklung und Frieden“ in Duisburg so:

## O-Ton Jochen Hippler

„Es ist eine Region, die deutlich von extremistischen religiösen Kämpfern dominiert wird. Ich würde schätzen, dass mindestens 80 bis 90 Prozent der Kämpfer unterschiedlichen extremistischen oder dschihadistischen Gruppen angehören.“

Die einflussreichste Extremistengruppe ist Hayat Tahrir al-Sham, kurz HTS. Sie ist eng mit der Terrororganisation Al Qaida verbunden und herrscht in mehr als der Hälfte der Provinz. Die Vereinten Nationen gehen davon aus, dass sie über 10 000 Bewaffnete in ihren Reihen hat. Darunter sind auch Tausende ausländischer Kämpfer, unter anderem aus Jordanien, Tschetschenien, China und auch aus EU-Ländern.

Die moderateren bewaffneten Aufständischen in Idlib gehören zur sogenannten „Nationalen Befreiungsfront“ und werden vor allem von der Türkei unterstützt. Sie kämpfen für den Sturz von Assad. Immer wieder kommt es auch zu Gefechten zwischen diesen und dschihadistischen Milizen. Doch arbeiten sie auch oft mit dem Al Qaida-Ableger zusammen.

Die Türkei und Russland haben nun vereinbart, dass eine 15 bis 20 km breite Pufferzone zwischen den Stellungen der Aufständischen und den syrischen Truppen gebildet wird. Diese Zone liegt überwiegend im östlichen Teil der Provinz Idlib. Von dort sollen radikale Terrorgruppen wie die HTS bis zum 15. Oktober verdrängt werden. Diese haben in etwa 60 Prozent der Pufferzone das Sagen. Alle Rebellengruppen sollen ihre schweren Waffen aus der Pufferzone zurückziehen. Verantwortlich dafür, dies durchzusetzen, ist die Türkei. Schon im vergangenen Jahr hatte sich die Türkei mit Iran und Russland darauf geeinigt, für die sogenannte „Deeskalationszone“ in Idlib zuständig zu sein. So sollten Kämpfe zwischen moderaten Rebellen und Regierungstruppen verhindert werden. Deshalb sind schon etwa 1000 türkische Soldaten in Idlib auf Beobachtungsposten im Einsatz.

Kleinere dschihadistische Terrorgruppen haben das türkisch-russische Abkommen schon abgelehnt. Die stärkste Gruppierung, die Al Qaida-nahe HTS hat sich allerdings noch nicht geäußert. Der Nahostexperte Heiko Wimmen von der „International Crisis Group“ hält es aber für durchaus möglich, dass sie die Pufferzone freiwillig verlassen:

#### O-Ton Heiko Wimme

„Es ist vorstellbar, dass diese Hardliner dann am Ende sagen: dieser Deal schützt uns vor einem Angriff. Das Regime kommt nicht mehr an uns ran physisch. Und wir können intern weiter an unserem dschihadistischen Projekt arbeiten.“

Intern heißt: in Idlib. Für solch eine Entwicklung spricht laut Heiko Wimmen auch, dass die große Mehrheit der Bevölkerung dort – ebenso wie die von der Türkei unterstützen Rebellen der „Nationalen Befreiungsfront“ - die Vereinbarung zwischen Putin und Erdogan befürworten. Und die HTS regiert dort zwar autoritär, hat sich aber wiederholt auch flexibel gezeigt, wenn sie auf Protest gestoßen ist.

Ebenso wie die UN stuft die Türkei die dschihadistische HTS als Terrorgruppe ein. Sie verhandelt jedoch mit ihr und versucht, wenigstens einen Teil der Kämpfer zu einem Übertritt zu moderateren Rebellorganisationen zu bewe-



gen. Sollte HTS oder auch andere kleinere Terrorgruppen sich weigern, die Pufferzone zu verlassen, wird wohl das türkische Militär gegen sie in der Pufferzone vorgehen – möglicherweise mit Unterstützung russischer und syrischer Kampfflieger.

Allerdings: Selbst wenn es gelingt, alle Dschihadisten und alle schweren Waffen bis zum 15. Oktober aus der Pufferzone zu entfernen: Ein Ende der Kämpfe ist auch dann noch nicht in Sicht. Trotzdem wäre auch das ein Fortschritt, glaubt Hans-Joachim Giessmann von der Berliner „Berghof-Foundation“ – einer Stiftung, die sich für friedliche Konfliktlösungen einsetzt:

#### O-Ton Hans-Joachim Giessmann

„Wir haben durch den russisch-türkischen Deal Zeit gewonnen, in der was getan werden muss.“

Etwas getan werden muss, um eine Verhandlungslösung zu erreichen. Käme es zu einer umfassenden militärischen Offensive des syrischen Regimes und ihrer Bündnispartner gegen die Aufständischen in Idlib würde sich die moderate Opposition jedem Verhandlungsprozess verweigern. Bisher arbeiten Teile von ihr noch im sogenannten Astana-Prozess mit – einem von Russland, der Türkei und dem Iran geführten Versöhnungsversuch, der inzwischen auch von dem UN-Sondergesandten für Syrien begleitet wird. Die Aussichten seien allerdings nicht allzu gut, sagt Konfliktforscher Jochen Hippler vom Duisburger „Institut für Entwicklung und Frieden“:

#### O-Ton Jochen Hippler

„Der Krieg ist faktisch entschieden und deswegen ist der Anreiz der Regierung in Damaskus, eine politische Lösung, einen Versöhnungsprozess zustande zu kriegen, relativ gering, weil man es nicht mehr nötig hat. Umgekehrt auf der Seite der Opposition: mit wem will man da eigentlich verhandeln? Dafür ist gegenwärtig die Opposition meiner Einschätzung nach viel zu zersplittert.“

Russland hat ein Interesse daran, die militärischen Erfolge auch durch einen politischen Kompromiss abzusichern – nicht zuletzt, weil es ein Interesse an einem stabilen Nachkriegssyrien hat. Doch der Wiederaufbau des Landes wird ohne westliche Gelder schwierig. Finanzhilfe wollen aber die westlichen Staaten nur leisten, wenn ein demokratischer Prozess in Syrien in Gang gekommen

ist. Die Forderung, „Assad muss gehen“ ist kurz- und mittelfristig nicht durchsetzbar. Kompromisslösungen, zum Beispiel eine Dezentralisierung, die es erlaubt, in einzelnen Gebieten die Verwaltung autonom zu regeln, scheinen jedoch im Prinzip möglich. Das würde sowohl die gegenwärtig von syrischen Kurden als auch die von der Türkei-nahen „Nationalen Befreiungsfront“ regierten Gebiete betreffen. Doch dazu wären Garantiemächte notwendig, sagt Heiko Wimmer von der „International Crisis Group“:

#### O-Ton Heiko Wimmer

„Wenn solche Lösungen ausgehandelt werden, dann kann man sich vorstellen, dass man zu einer Einigung kommt zwischen Rebellen und dem Regime. Aber diese Einigung muss eben von irgendwem garantiert werden. Es muss eben garantiert werden, dass sich das syrische Regime daran hält, was auf dem Papier steht, was in der Verfassung steht.“

Die Frage ist, ob vor allen Dingen Russland, aber auch die USA, die Türkei und der Iran willens und in der Lage sein werden, solche Kompromisslösungen bei den ihnen jeweils nahestehenden lokalen Akteuren durchzusetzen und zu garantieren.

Das Problem sind die Al-Qaida-nahen Terrorgruppen in Idlib. Sie lehnen jegliche Verhandlungen ab. Es ist kaum vorstellbar, dass es der Türkei gelingt, sie mit nicht-militärischen Mitteln zur Aufgabe zu bewegen. Trotzdem, man müsse es versuchen und der Türkei dafür Zeit lassen, sagt Heiko Wimmer von der „International Crisis Group“:

#### O-Ton Heiko Wimmer

„Aber es ist zu befürchten, dass am Ende wahrscheinlich kein Weg daran vorbei führen wird, das zumindest einige dieser Elemente wirklich auch neutralisiert werden müssen - neutralisiert heißt, dann tatsächlich in irgendeiner Form getötet werden müssen.“

Die involvierten Großmächte sind gerade jetzt gefordert, sich über eine Nachkriegsordnung in Syrien und auch Fluchtkorridore für die Zivilisten in Idlib zu verständigen. Doch nicht nur das. Hans Joachim Giessmann von der Berliner „Berghof Foundation“:

### O-Ton Hans Joachim Giessmann

„Die großen Verantwortlichen im Sicherheitsrat, angefangen von Russland und USA, aber auch Frankreich und Großbritannien zusammen mit Russland und der Türkei sollten versuchen, auf einen Nenner zu kommen, um dann zu überlegen, mit welchen Maßnahmen man vorgehen kann, um die Rebellen zur Aufgabe zu zwingen.“

Noch in diesem Monat wollen sich die Regierungschefs von Deutschland, Frankreich, der Türkei und Russland treffen, um über eine Friedenslösung für Syrien zu beraten. Da wird es auch darum gehen, wie die Dschihadisten in Idlib zur Aufgabe gezwungen werden können, um eine militärische Großoffensive mit vermutlich Tausenden von zivilen Opfern zu verhindern

\* \* \*

### Joachim Hagen

Jerry Sommer über das harte Ringen um eine Friedenslösung für Idlib.

Junge Frauen und Männer haben meist andere Dinge im Kopf als über die richtige Krankenversicherung im Alter nachzudenken. Das gilt auch für junge Soldaten. Früher war das kein großes Problem, da nur wenige Soldaten ihr ganzes Leben bei der Bundeswehr verbrachten. Aber inzwischen sind Dienstzeiten von 20 Jahren und mehr gar nicht mehr so selten. Und das führt zu Problemen mit der Krankenversicherung. Julia Weigelt berichtet.

### Manuskript Julia Weigelt

Es sind Beispiele wie die des 63-jährigen früheren Oberfeldarztes, die nicht nur ärgerlich sind, sondern richtig Geld kosten: Der ehemalige Zeitsoldat kam als Quereinsteiger mit vorheriger Ausbildung in die Bundeswehr und blieb 25 Jahre. Als aktiver Soldat kam er bei der Bundeswehr der kostenlosen truppenärztlichen Versorgung, er brauchte also keine eigene Krankenversicherung. Nach seinem Dienstzeitende hat ihn die gesetzliche Krankenversicherung nicht mehr aufgenommen. Einzige Alternative für den ehemaligen Truppenarzt ist ein privater Anbieter. Dort muss der 63-Jährige fast 760 Euro Monatsbeitrag bezahlen.

Ein anderes extremes Beispiel: Einen Oberbootsmann lehnt sogar die private Krankenversicherung gleich von vornherein ab: Laut deren Berechnung wäre der Zeitsoldat, ebenfalls Quereinsteiger bei der Bundeswehr, nach seinen 25 Jahren Dienstzeit überhaupt nicht in der Lage, den monatlichen Beitrag zu bezahlen, wenn er das Rentenalter erreicht hat.

Krankenkasse, Rentenversicherung - für die meisten jungen Soldaten ist das kein Thema. Am Ende des Berufslebens droht manchen von ihnen allerdings ein böses Erwachen. Denn unter Umständen werden die Ex-Soldaten nicht in die gesetzlichen Krankenversicherung aufgenommen und müssen sich zu hohen Kosten bei einer privaten Kasse versichern.

Oberstleutnant Detlef Buch kümmert sich beim Bundeswehrverband, der Interessenvertretung der Soldaten, um das Thema. Er weiß: Die vielen verwaltungsrechtlichen Details schrecken die meisten ab, die absehbaren Probleme werden daher oftmals von den Soldaten verdrängt Und der Dienstherr ist nicht besonders motiviert, die Soldatinnen und Soldaten auf das Problem hinzuweisen, sagt Detlef Buch.

Soldaten genießen während ihrer Dienstzeit die sogenannte freie Heilfürsorge: Sie müssen keine Krankenkassenbeiträge zahlen. Dafür werden sie grundsätzlich nur von Medizinern der Bundeswehr versorgt werden. Bislang war es meist so: Soldaten kommen als junge Menschen zu den Streitkräften, leisten dort einige Jahre Dienst und verlassen die Bundeswehr wieder. Bei dieser Konstellation war es dann in der Regel kein Problem, nach der Bundeswehrzeit wieder in die gesetzliche Krankenversicherung aufgenommen zu werden. Doch inzwischen haben sich die Rahmenbedingungen geändert: Die Streitkräfte leiden so sehr unter Personalmangel, so dass verstärkt auch neue Zielgruppen rekrutiert werden - etwa ältere Quereinsteiger, die zuvor in zivilen Berufen gearbeitet haben. Zudem ist die maximale Verpflichtungszeit auf 25 Jahre erhöht worden. Die Folge: Zeitsoldaten im Alter von 55 Jahren aufwärts verlassen die Streitkräfte, und bekommen immer wieder Probleme beim Einstieg in die gesetzliche Krankenversicherung. Detlev Buch vom Deutschen Bundeswehrverband:

### O-Ton Buch

„Wir gehen davon aus, dass um die 10.000 Menschen betroffen sind, und es werden monatlich mehr, weil jeden Monat neue Zeitsoldaten ihren Dienst antreten bei der Bundeswehr, oder Zeitsoldaten, die schon da sind, ihren Vertrag verlängern.“

Bislang wurden die meisten Soldaten nach ihrer Dienstzeit wieder in die gesetzliche Krankenversicherung aufgenommen, wenn sie nach ihrem Ausscheiden ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis begonnen hatten. Doch jetzt bekommen manche Probleme mit der sogenannten Über-55-Regel. Denn jenseits dieser Altersgrenze haben Menschen zu den gesetzlichen Kassen kein Zutrittsrecht mehr.

### O-Ton Buch

„Ein Zeitsoldat, der mit 32 Jahren in die Bundeswehr eintritt, der sich 25 Jahre verpflichtet, der mit 57 ausscheidet, hat keine Möglichkeit mehr, weil er über 55 ist, ganz normal zur AOK zu gehen oder zur Barmer oder zu sonst einer, auch wenn er für die letzten zehn Arbeitsjahre ein ganz normales sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis betreibt.“

In der zweiten Lebenshälfte bei der Bundeswehr gearbeitet zu haben, hat für ausscheidende Soldaten einen weiteren Nachteil: Sie werden nicht von der Krankenversicherung der Rentner aufgenommen. Diese übernimmt bei Ruheständlern den Arbeitgeberanteil des Krankenversicherungsbeitrages. Aufgenommen in die Krankenversicherung der Rentner wird jedoch nur, wer in der zweiten Hälfte seines Erwerbslebens zu 90 Prozent Mitglied der gesetzlichen Krankenversicherung war.

### O-Ton Buch

„Und ein Zeitsoldat, der eine Verpflichtungszeit hat, wie wir es seit längerer Zeit praktizieren, über 15, 20, manchmal bis zu 25 Jahren, und der dann aus der Bundeswehr in einem Lebensalter ausscheidet, Ende 40, Anfang 50, Mitte 50, der reißt diese Neun-Zehntel-Regelung, weil er über seinem 42. Lebensjahr diese 90 Prozent gesetzlich krankenversichert einfach nicht erfüllt.“

Die Folge: Die Betroffenen müssen nach Ende ihrer Dienstzeit zeitlebens praktisch den doppelten Krankenversicherungssatz bezahlen – also auch den Anteil des Arbeitgebers.

Bisher halfen sich Soldaten mit sogenannten Anwartschaften. Damit kann die Mitgliedschaft bei einer Krankenversicherung ohne Leistungsanspruch aufrechterhalten bleiben. Bei gesetzlichen Kassen betragen die Kosten dafür gut 50 Euro im Monat. Nach Angaben des Bundeswehrverbandes entscheiden sich allerdings nur wenige Zeitsoldaten dafür.

Väter und Mütter müssen allerdings zusätzlich eine private Anwartschaft für rund einen Euro monatlich abschließen. Denn Kinder von Soldaten sind nicht über ihre Eltern mitversichert, sondern erhalten vom Staat eine sogenannte Beihilfe von 80 Prozent der anfallenden Kosten. Um den Rest abzusichern, sind Eltern daher auf private Krankenkassen angewiesen. Das hat allerdings Folgen, wie Detlef Buch vom Bundeswehrverband erklärt:

#### O-Ton Buch

„Der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen in Deutschland sagt: Wenn ihr euch für eine Anwartschaft in einer privaten Krankenversicherung entscheidet, liebe Soldaten, dann entscheidet ihr euch für ein Versicherungssystem auf Dauer. Das heißt: Wenn ihr sagt, ihr geht eine private Anwartschaftsversicherung ein, verschließt ihr euch damit selber die Möglichkeit, in die gesetzliche Krankenkasse zu kommen. Ihr habt euch also für ein System entschieden.“

Eine Zwickmühle, für die es nach Ansicht des Bundeswehrverbandes eine einfache Lösung gibt. Detlef Buch:

#### O-Ton Buch

„Eine Regelung, die unserer Meinung nach alle Probleme beheben würde und die erst mal kein Geld kosten würde, wäre, wenn die Dienstzeit als Soldat in der Bundeswehr als sogenannte Vorversicherungszeit in der gesetzlichen Krankenkasse anerkannt wird.“

Damit seien auch Neun-Zehntel- und Über-55-Problematik gelöst.

Diesen Vorschlag lehnt das zuständige Gesundheitsministerium allerdings ab. Dort wurde kürzlich das sogenannte Versicherten-Entlastungsgesetz auf den Weg gebracht, das zum 1. Januar 2019 in Kraft tritt. In dem Gesetz sind auch Weiterbildungszeiten von Zeitsoldaten Thema. Diese erhalten teils noch Jahre nach ihrem Dienstzeitende einen Teil ihres Soldes, um sich in dieser Zeit fit für den zivilen Arbeitsmarkt zu machen. Dies wird ab kommenden Jahr, anders als

bislang, zur Vorversicherungszeit in der gesetzlichen Krankenkasse, kurz GKV, gezählt. Weitergehende Zugeständnisse lehnt das Ministerium ab, wie ein Sprecher auf Anfrage von NDR Info mitteilt – Zitat:

Zitat

„Grundsätzlich ist es nicht die Aufgabe der gesetzlichen Krankenversicherung, bestehende Nachteile für Zeitsoldaten auszugleichen, die auf das System der unentgeltlichen truppenärztlichen Versorgung der Bundeswehr zurückgehen. Eine Erweiterung des Kreises der versicherungspflichtigen Rentner durch Berücksichtigung von Nicht-GKV-Zeiten bei der notwendigen Vorversicherungszeit ist aufgrund der damit verbundenen finanziellen Mehrbelastung der GKV abzulehnen.“

Das Gesundheitsministerium empfiehlt Soldaten stattdessen, weiterhin Anwartschaften abzuschließen.

Hohe Krankenkassenbeiträge im Alter – das ist auch beim Wehrbeauftragten Hans-Peter Bartels ein Thema. Er ist sich sicher: Die Anzahl der betroffenen Soldaten wird immer mehr ansteigen. Bartels hat Verständnis dafür, dass sich junge Rekruten erst mal keine Gedanken zum Thema Rente machen. Hat er mit 18 darüber nachgedacht?

O-Ton Bartels

„Nein, überhaupt nicht.“

Der Wehrbeauftragte fordert:

O-Ton Bartels

„Man darf das auch nicht auf sie abwälzen. Es muss vernünftige Regelungen geben. Es muss schon von vornherein berücksichtigt sein, wie Sozialversicherung damit umgeht.“

Bartels fordert zudem mehr Informationen für Soldaten und Behördenmitarbeiter.

O-Ton Bartels

„Da muss aufgeklärt werden, da muss die Verwaltung selber wissen, wie die Rechtslage ist, und muss dann die Soldaten auch darüber informieren und

auch mit eigenen Zahlungen das Thema Anwartschaft für die Krankenversicherung der Rentner lösen. Denn das ist ja ein Problem, das nicht der Soldat zu vertreten hat, sondern das sich schlicht aus seinem Status als Soldat ergibt, dass er nicht mehr einfach wechseln kann.“

Die monatlich gut 50 Euro Kosten für private und gesetzliche Anwartschaften sollen nach dem Willen des Wehrbeauftragten also vom Bund bezahlt werden. Bisher bleiben die Soldaten auf diesen Kosten sitzen. Für den Bundeswehrverband ist das ein Unding. Detlef Buch sagt, der Soldat sei Staatsdiener, und:

#### O-Ton Buch

„Er hält in vielen Einsatzgebieten dieser Welt regelmäßig seinen Kopf hin für das Land. Das wäre das mindeste Entgegenkommen, dass der Gesetzgeber den Zeitsoldaten machen könnte.“

\* \* \*

#### Joachim Hagen:

Mit diesem Bericht von Julia Weigelt geht diese Ausgabe von Streitkräfte und Strategien zu Ende. Sie können sich diese Sendung wie immer auch als Podcast herunterladen, unter [ndr.de](http://ndr.de) Schrägstrich Streitkräfte. Dort finden Sie auch das Manuskript. Am Mikrofon verabschiedet sich Joachim Hagen.